

Satzung der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart zur Regelung der weiteren Einzelheiten des Verfahrens nach § 18a Landeshochschulgesetz (LHG)

vom 16. April 2019

7325.3/2

Der Senat der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart hat aufgrund von § 8 Abs. 5, 18a Abs. 6, 19 Abs. 1 S. 2 Nr. 10 LHG in der Fassung vom 1. Januar 2005 (GBl. S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. März 2018 (GBl. S. 85), in seiner Sitzung am 16. April 2019 die nachfolgende Satzung beschlossen.

I. ALLGEMEINES

§ 1 Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für die Abwahl eines Mitglieds des Rektorats (§ 18a LHG) und regelt die Einzelheiten des Verfahrens.

§ 2 Stimmberechtigte Personen

Stimmberechtigt sind die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, die am Tag der Bekanntmachung der Zulassung des Abwahlbegehrens der Hochschule als Mitglied der Gruppe gem. § 10 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 LHG angehören.

§ 3 Abwahlausschuss, Wahlleitung

(1) Die Durchführung des Verfahrens nach § 1 obliegt einem Abwahlausschuss, der sich nach den Bestimmungen des § 18a Abs. 5 LHG zusammensetzt.

(2) Der Abwahlausschuss oder die von ihm beauftragte Person nach § 18a Abs. 5 Satz 4 LHG kann eine geeignete Beschäftigte oder einen geeigneten Beschäftigten der Hochschule mit der Vorbereitung der im Rahmen des Abwahlverfahrens erforderlichen Beschlüsse und der Organisation (Wahlleitung) beauftragen.

§ 4 Fristen und Termine

Auf die Berechnung der in dieser Satzung bestimmten Fristen und Termine finden die Vorschriften des § 31 Landesverwaltungsverfahrensgesetz (LVwVfG) entsprechende Anwendung. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach § 32 LVwVfG ist ausgeschlossen.

II. VERFAHREN

§ 5 Zulassung des Abwahlbegehrens

(1) Das Abwahlbegehren ist an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Abwahlausschusses zu richten. Es muss die Person sowie das Amt nennen, das durch die Abwahl beendet werden soll. Werden mehrere Unterschriftslisten vorgelegt, muss aus diesen zweifelsfrei erkennbar sein, dass es sich um dasselbe Abwahlbegehren handelt. Das Abwahlbegehren muss zu jeder Unterzeichnung aufführen:

- a) Laufende Nummer,
- b) Vorname und Name der unterzeichnenden Person,
- c) persönliche und handschriftliche Unterzeichnung,
- d) Datum der Unterschrift.

(2) Der Zeitpunkt des Eingangs des Abwahlbegehrens ist zu dokumentieren. Die oder der Vorsitzende des Abwahlausschusses entscheidet innerhalb der in § 18a Abs. 1 letzter Satz LHG genannten Frist über die Zulassung des Abwahlbegehrens.

(3) Wird das Abwahlbegehren zugelassen, so informiert der Abwahlausschuss die Person, deren Amt durch die Abwahl beendet werden soll, und veröffentlicht in den Mitteilungen des Rektorats die Entscheidung über die Zulassung des Abwahlbegehrens. Ferner wird die Entscheidung über die Zulassung des Abwahlbegehrens den Mitgliedern des Hochschulrats und des Senats sowie den an der Hochschule vorhandenen wahlberechtigten Mitgliedern der Gruppe nach § 10 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 LHG per E-Mail bekannt gegeben. In der Veröffentlichung werden die Person und das Amt, das durch die Abwahl beendet werden soll, genannt. Die Bekanntmachung kann gemeinsam mit der Bekanntmachung über die Aussprache (§ 6) und die Abstimmungstage (§ 8) erfolgen.

(4) Hat eine stimmberechtigte Person oder die Person, deren Amt durch das Abwahlbegehren beendet werden soll, Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Entscheidung über die Zulassung des Abwahlbegehrens, so kann er oder sie binnen drei Arbeitstagen nach der Zulassung des Abwahlbegehrens unter Angabe der Gründe beim Abwahlausschuss Einspruch gegen die Entscheidung einlegen. Nach Ablauf der Frist ist ein Einspruch auch nach § 14 mit der Begründung der Unzulässigkeit des Abwahlbegehrens ausgeschlossen. Über den Einspruch entscheidet unverzüglich, spätestens innerhalb von drei Arbeitstagen, die oder der Vorsitzende des Abwahlausschusses.

(5) Wird das Abwahlbegehren nicht zugelassen, wird die Entscheidung in den Mitteilungen des Rektorats unter Nennung des Eingangsdatums und der einschlägigen Rechtsvorschrift im LHG veröffentlicht.

§ 6 Aussprache

(1) Der Abwahlausschuss legt Ort und Zeitpunkt der hochschulöffentlichen Aussprache nach § 18a Abs. 3 LHG fest. Der Person, deren Amt durch die Abwahl beendet werden soll, soll Gelegenheit gegeben werden, Terminwünsche zu äußern. Die Ladungsfristen der Gremien können angemessen verkürzt werden. Der Abwahlausschuss veröffentlicht Ort und Zeitpunkt der Aussprache sowie den Kreis der jeweils teilnahmeberechtigten Personen in den Mitteilungen des Rektorats.

- (2) Die Aussprache nach § 18a Abs. 3 LHG wird von der oder dem Vorsitzenden des Hochschulrats geleitet. Sie oder er kann Äußerungen aus der Hochschulöffentlichkeit zulassen.
- (3) Der Person, deren Amt durch die Abwahl beendet werden soll, ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Sie oder er kann zu der Aussprache eine Person ihres oder seines Vertrauens hinzuziehen.
- (4) Im Anschluss an die Aussprache beraten die zuständigen Gremien nichtöffentlich über das Abwahlbegehren. Das Weitere ist in § 18a Abs. 3 letzter Satz LHG geregelt.

§ 7 Vorbereitung der Abstimmung

- (1) Der Abwahlausschuss setzt die Abstimmungstage, angemessene Abstimmungszeiträume und die Abstimmungsorte (Wahllokale) fest.
- (2) Der Abwahlausschuss kann abweichend von § 8 ausschließlich die Briefwahl anordnen. In diesem Fall setzt der Abwahlausschuss unter Beachtung der Fristen in § 18a Abs. 2 LHG den Zeitpunkt fest, bis zu dem die Wahlbriefe bei der Wahlleitung eingegangen sein müssen.
- (3) Der Abwahlausschuss macht die Abstimmungstage in den Mitteilungen des Rektorats spätestens sieben Tage vor Beginn des ersten Abstimmungstages bekannt. Die Bekanntmachung hat zu enthalten:
 - a) die Termine der Abstimmungstage und die Abstimmungszeit,
 - b) die Lage des Wahllokals oder der Wahllokale und ggf. die Zuweisung der Stimmberechtigten zu diesen Wahllokalen,
 - c) Ort und Zeitpunkt der Auszählung und der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses,
 - d) den Hinweis, dass nur abstimmen darf, wer in das für die Abwahl anzulegende Verzeichnis der Stimmberechtigten (Abs. 5) eingetragen ist,
 - e) die Erklärung, dass die Abstimmung durch persönliche Stimmabgabe oder durch Briefwahl erfolgen kann,
 - f) den Hinweis, dass Briefwahlunterlagen nur bis zum fünften Arbeitstag vor dem ersten Abstimmungstag beantragt und ausgegeben werden können,
 - g) den Hinweis, bis zu welchem Zeitpunkt und bei welcher Stelle Auskünfte, Berichtigungen oder Ergänzungen des Verzeichnisses der Stimmberechtigten beantragt werden können,
 - h) den Hinweis, dass sich die Stimmberechtigten vor der Stimmabgabe ausweisen müssen.
- (4) Die Wahlleitung bestellt Personen, die die Abstimmung in den Wahllokalen leiten und die Stimmzettel auszählen (Abstimmungsausschüsse). Die Mitglieder der Abstimmungsausschüsse dürfen nicht dem Rektorat angehören. Bei der Bestellung sind die Mitglieder schriftlich auf die gewissenhafte und unparteiische Erledigung ihrer Aufgaben zu verpflichten.
- (5) Die stimmberechtigten Personen sind in ein Verzeichnis einzutragen (Verzeichnis der Stimmberechtigten). Die Aufstellung des Verzeichnisses obliegt der Wahlleitung. Das Verzeichnis muss zu jeder stimmberechtigten Person folgende Angaben enthalten:
 - a) laufende Nummer,
 - b) Familienname,
 - c) Vorname.

Das Verzeichnis der Stimmberechtigten muss darüber hinaus Raum für folgende Angaben vorsehen:

- a) Vermerk über Stimmabgabe,
- b) Vermerk über die Ausgabe von Briefwahlunterlagen,
- c) Bemerkungen.

(6) Das Verzeichnis der Stimmberechtigten ist spätestens bis zu dem in Abs. 3 genannten Zeitpunkt zu erstellen.

(7) Das Recht auf Auskunft, Berichtigung oder Ergänzung beschränkt sich auf die Angaben zur eigenen Person. Zur Überprüfung der Richtigkeit oder Vollständigkeit der Daten von anderen im Verzeichnis eingetragenen Personen haben Stimmberechtigte nur dann ein Recht auf Auskunft, wenn sie Tatsachen glaubhaft machen, aus denen sich eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Verzeichnisses ergeben kann. Berichtigungen sind unverzüglich bei der Wahlleitung unter Angabe der Gründe zu beantragen.

(8) Das Verzeichnis der Stimmberechtigten kann bis zum Tag vor dem ersten Abstimmungstag vom Abwahlausschuss berichtigt und ergänzt werden. Änderungen sind als solche kenntlich zu machen, in der Spalte „Bemerkungen“ zu erklären und mit Datum und Unterschrift zu versehen.

(9) Vor Beginn der Abstimmung ist das Verzeichnis endgültig abzuschließen. Dabei ist zu bestätigen

- a) die Zahl der eingetragenen Stimmberechtigten,
- b) die Zahl der Anträge auf Berichtigung des Verzeichnisses der Stimmberechtigten.

§ 8 Durchführung der Abstimmung in den Wahllokalen

(1) Der Abstimmungsausschuss leitet die Abstimmung und sorgt für einen ordnungsgemäßen Ablauf, insbesondere für die Freiheit der Abstimmung und die Wahrung des Abstimmungsgeheimnisses. Das Wahllokal darf während der Abstimmungszeit nicht abgeschlossen werden; während dieser Zeit müssen mindestens zwei Mitglieder des Abstimmungsausschusses im Wahllokal anwesend sein. Der oder die Vorsitzende des Abstimmungsausschusses hat sich vor Beginn der Stimmabgabe zu überzeugen, dass die Wahlurnen leer sind; dann hat er oder sie die Wahlurnen zu verschließen. Die Wahlurnen sind so zu verwahren, dass zwischen den Abstimmungszeiten Stimmzettel weder eingeworfen noch entnommen werden können.

(2) Bei der Abstimmung dürfen nur amtliche Stimmzettel verwendet werden. Die Stimmzettel benennen das Abwahlbegehren und die Person, deren Amt durch die Abwahl beendet werden soll; sie sehen Felder für die Stimmabgabe mit der Möglichkeit der Zustimmung, der Ablehnung und der Enthaltung vor.

(3) Die persönliche Stimmabgabe erfolgt mittels eindeutiger Kennzeichnung. Die stimmberechtigte Person kann ihr Stimmrecht nur persönlich ausüben.

(4) Zur Stimmabgabe weist sich die stimmberechtigte Person durch Vorlage eines amtlichen Lichtbildausweises aus. Der Abstimmungsausschuss prüft die Stimmberechtigung durch Einsicht in das Verzeichnis der Stimmberechtigten. Stellt der Abstimmungsausschuss das Stimmrecht fest, erhält die stimmberechtigte Person den Stimmzettel, begibt sich, ohne das Wahllokal zu verlassen, an den für die geheime Stimmabgabe vorgesehenen Platz, füllt den Stimmzettel aus und faltet ihn so, dass die Stimm-

abgabe nicht erkennbar wird. Anschließend wirft die stimmberechtigte Person den gefalteten Stimmzettel in die Wahlurne. Der Abstimmungsausschuss vermerkt die Stimmabgabe im Verzeichnis der Stimmberechtigten.

(5) Der Abstimmungsausschuss hat eine Person zurückzuweisen,

- a) die nicht im Verzeichnis der Stimmberechtigten eingetragen ist,
- b) deren Identität nicht eindeutig geklärt werden kann,
- c) die bereits einen Stimmabgabevermerk im Verzeichnis der Stimmberechtigten hat,
- d) die das Abstimmungsgeheimnis nicht wahrt,
- e) die einen nicht amtlich hergestellten Stimmzettel in die Wahlurne werfen will.

(6) Die oder der Vorsitzende des Abstimmungsausschusses stellt den Ablauf der Abstimmungszeit fest. Danach dürfen nur noch die zu diesem Zeitpunkt im Wahllokal anwesenden Stimmberechtigten zur Abstimmung zugelassen werden. Haben sie abgestimmt, so erklärt die oder der Vorsitzende die Abstimmung für geschlossen. Für jeden Zeitabschnitt oder Tag der Abstimmung ist entsprechend zu verfahren. Die oder der Vorsitzende hat in diesem Fall am letzten Abstimmungstag die Gesamtabstimmung für geschlossen zu erklären.

(7) Über den gesamten Verlauf der Abstimmung hat der Abstimmungsausschuss eine Niederschrift anzufertigen, aus der alle für die Abstimmung wesentlichen Umstände hervorgehen müssen:

- a) die Bezeichnung des Ausschusses,
- b) die Namen und Funktionen seiner Mitglieder,
- c) die Abstimmungstage und jeweils Beginn und Ende der Abstimmungszeiten,
- d) die Zahl der in das Verzeichnis der Stimmberechtigten eingetragenen Personen,
- e) die Zahl der Personen, die tatsächlich an der Abstimmung teilgenommen haben,
- f) die Unterschriften aller Mitglieder des Abstimmungsausschusses.

Der Abstimmungsausschuss übergibt nach der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses der Wahlleitung die Niederschrift und alle Wahlunterlagen.

§ 9 Durchführung der Abwahl durch Briefwahl

(1) Stimmberechtigte, die zum Zeitpunkt der Wahl verhindert sind, die Abstimmung im Wahllokal vorzunehmen, erhalten auf persönlichen Antrag durch Brief, Fax oder von ihrem Hochschul-Mail-Account versandte E-Mail bei der Wahlleitung für die Abstimmung einen Briefwahlschein und Briefwahlunterlagen (Stimmzettel, Wahlumschlag und Wahlbriefumschlag). Der Briefwahlschein wird von der Wahlleitung erteilt. Die Ausgabe von Briefwahlscheinen und die Aushändigung oder Übersendung der Briefwahlunterlagen ist im Verzeichnis der Stimmberechtigten zu vermerken. Briefwahlunterlagen können nur bis zum fünften Arbeitstag vor dem letzten Abstimmungstag beantragt und ausgegeben werden.

(2) Die Wahlumschläge müssen undurchsichtig, von gleicher Größe und Farbe und amtlich gekennzeichnet sein.

- (3) Der Wahlbriefumschlag muss den Vermerk "Briefwahl" tragen und mit der Anschrift der Wahlleitung versehen sein.
- (4) Bei der Briefwahl kennzeichnet die stimmberechtigte Person den Stimmzettel und steckt ihn in den amtlichen Wahlumschlag. Sie bestätigt auf dem Briefwahlschein durch Unterschrift, dass sie den beige-fügten Stimmzettel persönlich gekennzeichnet hat, legt den Briefwahlschein mit dem Wahlumschlag in den amtlichen Wahlbriefumschlag und verschließt diesen.
- (5) Die Stimmabgabe gilt als rechtzeitig erfolgt, wenn der Wahlbrief am letzten Abstimmungstag bis zum Ende der Abstimmungszeit bei der Wahlleitung eingeht. Das Risiko des rechtzeitigen Zugangs trägt die stimmberechtigte Person. Auf dem Wahlbriefumschlag ist der Tag des Eingangs, auf den am letzten Abstimmungstag eingehenden Wahlbriefumschlägen zusätzlich die Uhrzeit des Eingangs zu vermerken. Sind eingehende Wahlbriefe unverschlossen, so ist dies auf diesen Wahlbriefen zu vermerken.
- (6) Die eingegangenen Wahlbriefe sind unter Verschluss ungeöffnet aufzubewahren. Die Wahlleitung händigt die eingegangenen Wahlbriefe zu Beginn der Auszählung dem Abstimmungsausschuss aus.
- (7) Die Mitglieder des Abstimmungsausschusses öffnen die eingegangenen Wahlbriefe und entnehmen den Briefwahlschein und den Wahlumschlag. Anhand der Briefwahlscheine wird die Stimmberechtigung durch Abgleich mit dem Verzeichnis der Stimmberechtigten überprüft. Anschließend werden die Briefwahlscheine gezählt. Wahlumschläge aus nicht zurückgewiesenen Wahlbriefen werden nach im Verzeichnis der Stimmberechtigten vermerkter Stimmabgabe von einem Mitglied des Abstimmungsausschusses geöffnet; der Stimmzettel wird unter Beachtung des Wahlheimnisses entnommen und ohne entfaltet worden zu sein in die Wahlurne geworfen.
- (8) Ein Wahlbrief ist zurückzuweisen, wenn
 - a) er nicht bis zum Ende der Abstimmungszeit eingegangen ist,
 - b) er unverschlossen eingegangen ist,
 - c) die Wahl durch persönliche Stimmabgabe erfolgt ist,
 - d) dem Wahlbrief kein Wahlumschlag beige-fügt ist, oder der Wahlumschlag nicht amtlich gekennzeichnet oder mit einem Kennzeichen versehen ist oder wenn er außer dem Stimmzettel einen von außen wahrnehmbaren Gegenstand enthält,
 - e) dem Wahlbrief kein oder kein mit der vorgeschriebenen Versicherung versehener Wahlschein beige-fügt ist,
 - f) der oder die Stimmzettel sich nicht in einem Wahlumschlag befinden.

In den Fällen des Satzes 1 liegt eine Stimmabgabe durch Briefwahl nicht vor.

- (9) Die zurückgewiesenen Wahlbriefe sind einschließlich ihres Inhalts auszusondern und ohne Öffnung des Wahlumschlags verpackt als Anlage der Niederschrift beizufügen.

§ 10 Ermittlung des Abstimmungsergebnisses

- (1) Die Ermittlung und Feststellung des Abstimmungsergebnisses erfolgt hochschulöffentlich.
- (2) Das Abstimmungsergebnis wird von den Abstimmungsausschüssen unverzüglich ermittelt.
- (3) Der Abstimmungsausschuss entnimmt die Stimmzettel der Wahlurne und zählt sie. Ihre Zahl muss

jeweils mit der Anzahl der Stimmabgabevermerke im Verzeichnis der stimmberechtigten Personen übereinstimmen. Ergibt sich auch nach wiederholter Zählung keine Übereinstimmung, so ist dies in der Niederschrift anzugeben und - soweit möglich - zu erläutern.

(4) Sodann ermittelt der Abstimmungsausschuss die Zahl der gültigen und ungültigen Stimmzettel. Ungültig sind Stimmzettel,

- a) die als nichtamtlich erkennbar sind,
- b) die durchgerissen oder durchgestrichen sind,
- c) die über die Stimmabgabe hinaus Eintragungen enthalten oder ein auf die abstimmende Person hinweisendes Merkmal enthalten,
- d) aus denen sich der Wille der abstimmenden Person nicht zweifelsfrei ergibt,
- e) die keine Stimmabgabe enthalten.

(5) Der Abstimmungsausschuss ermittelt aus den gültigen Stimmzetteln das Abstimmungsergebnis:

- a) die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmzettel,
- b) die Zahl der jeweils auf die Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung zum Abwahlbegehren entfallenden Stimmen.

(6) Die Wahlleitung hat die von den Abstimmungsausschüssen getroffenen Entscheidungen über die Gültigkeit von Stimmzetteln nachzuprüfen und gegebenenfalls das Ergebnis der Zählung zu berichtigen. Die Wahlleitung ermittelt das Endergebnis. Dafür stellt sie fest

- a) die Zahl der jeweils auf die Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung zum Abwahlbegehren insgesamt entfallenden Stimmen,
- b) die gemessen an der Gesamtzahl der Stimmberechtigten für das Abwahlbegehren insgesamt zustimmend abgegebenen Stimmen in Prozent.

(7) Die Abwahl eines Rektoratsmitglieds ist gem. § 18a Abs. 4 Satz 4 LHG erfolgreich, wenn zwei Drittel der an der Hochschule vorhandenen wahlberechtigten Mitglieder der Gruppe nach § 10 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 LHG für die Abwahl stimmen.

§ 11 Niederschrift

(1) Über den gesamten Verlauf der Abstimmung hat die Wahlleitung eine Niederschrift anzufertigen, aus der alle für die Abstimmung und für die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses wesentliche Umstände hervorgehen müssen.

(2) Die Niederschrift hat in jedem Fall zu enthalten:

- a) die Bezeichnung des Ausschusses,
- b) die Namen und Funktionen seiner Mitglieder,
- c) die Abstimmungstage, den Beginn und das Ende der Abstimmung,

- d) die Gesamtzahl der insgesamt in das Verzeichnis der Stimmberechtigten eingetragenen Personen,
- e) der Personen, die tatsächlich an der Abstimmung teilgenommen haben,
- f) der gültigen und ungültigen Stimmzettel,
- g) das festgestellte Endergebnis,
- h) die Unterschriften der Wahlleitung.

Der Niederschrift der Wahlleitung sind beizufügen:

- a) die Niederschriften der Abstimmungsausschüsse,
- b) die Stimmzettel sowie die Wahlumschläge, Briefwahlscheine und Wahlbriefumschläge aus der Briefwahl,
- c) die Verzeichnisse der Stimmberechtigten,
- d) alle sonst entstandenen Urkunden und Schriftstücke oder elektronischen Speichermedien.

§ 12 Feststellung des Abstimmungsergebnisses

Der Abwahlausschuss stellt fest, ob das Abwahlbegehren erfolgreich war und veröffentlicht das Abstimmungsergebnis in den Mitteilungen des Rektorats. In der Veröffentlichung werden die Person und das Amt, das durch die Abwahl beendet werden soll, genannt. Die Bekanntmachung enthält darüber hinaus die Zahl der Stimmberechtigten, der gültigen Stimmabgaben und die prozentuale Wahlbeteiligung.

§ 13 Einspruch gegen, Prüfung und Wiederholung der Abstimmung

- (1) Die Abstimmung ist mit der Bekanntmachung des Abstimmungsergebnisses nach § 12 gültig.
- (2) Hat eine stimmberechtigte Person oder die Person, deren Amt durch das Abwahlbegehren beendet werden sollte, Zweifel an der Gültigkeit des Abstimmungsergebnisses, so kann sie binnen zwei Wochen nach Bekanntmachung des Ergebnisses unter Angabe der Gründe beim Abwahlausschuss Einspruch gegen die Abstimmung einlegen. Nach Ablauf der Frist können weitere Bedenken nicht mehr geltend gemacht werden. Der Abwahlausschuss legt den Einspruch der Wahlleitung zur Stellungnahme vor.
- (3) Über den Einspruch entscheidet bei die oder der Vorsitzende des Hochschulrates. Sie oder er kann sich zusätzlich die Niederschriften mit den Anlagen vorlegen lassen. Hält sie oder er den Einspruch für berechtigt, so hat sie oder er die Feststellung über das Ergebnis des Abwahlbegehrens aufzuheben und eine neue Feststellung anzuordnen oder die Abstimmung ganz oder teilweise für ungültig zu erklären und insoweit eine Wiederholungsabwahl anzuordnen. Sie oder er hat die Abstimmung ganz oder teilweise für ungültig zu erklären, wenn wesentliche Bestimmungen des Abstimmungsverfahrens verletzt worden sind, es sei denn, dass durch den Verstoß das Abstimmungsergebnis nicht geändert oder beeinflusst werden konnte.
- (4) Soweit eine stimmberechtigte Person an der Ausübung ihres Abstimmungsrechts gehindert war, weil sie oder er nicht oder fehlerhaft in das Verzeichnis der Stimmberechtigten eingetragen war, oder hat eine Person an der Abstimmung teilgenommen, die fehlerhaft in das Verzeichnis der Stimmberechtigten eingetragen war, stellt dies keine Verletzung wesentlicher Bestimmungen im Sinne von Absatz 3 dar.

(5) Entscheidungen nach Absatz 3 sind innerhalb von zwei Wochen nach der Stellungnahme der Wahlleitung zu treffen. Die Person, die den Einspruch eingelegt hat, sowie der Abwahlausschuss werden über das Ergebnis der Prüfung und ggf. die Abhilfe benachrichtigt. Eine Wiederholung der Abstimmung ist innerhalb von vier Wochen durchzuführen.

§ 14 Aufbewahrung der Abstimmungsunterlagen

Die gesamten Abstimmungsunterlagen sind frühestens nach Ablauf von drei Monaten nach Bekanntgabe des Abwahlergebnisses, spätestens nach rechtskräftiger Entscheidung über die Anfechtung der Abwahl, zu vernichten.

§ 15 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in den Mitteilungen des Rektorats in Kraft.

Stuttgart, 23. April 2019

gez.

Prof. Dr. Barbara Bader
- Rektorin -